



jung+liberal

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



ENERGIEWENDE



Leserbrief

Leserbrief zum Artikel von Julian Kirchherr und Fritz Ohnesorge – Die jungliberale Jobbörse (j & I 01/13)

Liebe JuLis,

Mal abgesehen davon, dass ich grundsätzlich gegen diesen Vorschlag bin, würde er im Übrigen zu kurz springen. Wer glaubt, dass ein liberaler Arbeitgeber eines JuLis in Führungsposition auf Landes- und Bundesebene unfrei und befangen macht, der muss konsequenterweise auch fordern, dass LaVo- und BuVo-Mitglieder nicht für die FDP-Landeslisten zu den Parlamenten kandidieren dürfen. Denn – in der Logik der Autoren gedacht – wer kritisiert denn die "Mutterpartei", wenn er bei selbiger einen aussichtsreichen Platz auf einer Landesliste bekommen kann?

Ich kann mich den Contra-Ausführungen von Björn Försterling nur anschließen. Wir können den Menschen eben nur vor den Kopf schauen. Das ist es aber doch auch, was wir immer wieder in der politischen Auseinandersetzung versuchen zu verteidigen!

Beste Grüße

Jörg Berens

ehemaliges BuVo-Mitglied und damals wie heute Mitarbeiter im Büro von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr MdB

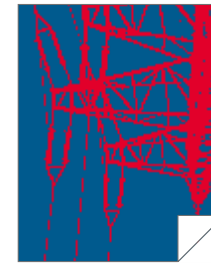
Inhalt 02/2013



4-6

Die Zukunft der Energie liegt in Europa

Das Querschnittsthema Energiepolitik hat eine wirtschaftliche, umweltpolitische, eine verbraucherpolitische sowie eine geostrategische Bedeutung.



6-9

Energienetze zurück in Staatshand?

Hamburgs Bürger stimmen im September über den Rückkauf der Energienetze ab.



10/11

Bioenergie: Der Nahrungsmittel-vernichtende Klimaretter?

Die Nachteile der Bioenergie kommen bei einem detaillierteren Blick schnell zum Vorschein.



20/21

Auf der Suche nach der Strompreisbremse

Eine grundlegende Reform des EEG erscheint dringend notwendig.

- 2 Kurz und Knapp: Memos aus dem Verband
- 3 Editorial
- 4 Supergrid
- 6 Energienetze zurück in Staatshand?
- 10 Bioenergie: Der Nahrungsmittel-vernichtende Klimaretter?
- 12 Nach Fukushima
- 14 Der neue Bundesvorstand
- 16 Energiewende
- 18 Auf ein Glas Milch mit Lasse Becker
- 20 Auf der Suche nach der Strompreisbremse
- 22 Die internationale Seite

Editorial

Liebe JuLis,

„Nicht in meinem Vorgarten!“

Energiepolitik erhitzt die Gemüter. Die politische Sphäre, Energiekonzerne, Bürgerinitiativen, Umweltorganisationen und Bürger ringen miteinander wie die Energieversorgung des Landes zukünftig gestaltet werden soll. Jeder verbraucht Strom – und es ist zu unterstellen, dass die überwältigende Majorität der deutschen Bürger dessen Annehmlichkeiten auch nicht mehr missen möchte. Aber eine neue Überlandleitung bei mir ums Eck? Niemals! Riesige Windräder? Das schöne Landschaftsbild wird verschandelt! Und überhaupt: da könnte ja jeder kommen...

Doch nicht nur das Ringen auf Bürgerebene stellt eine Herausforderung dar; die eingeleitete Energiewende stellt das Land, die Politik und seine Bürger vor viele Fragen – gerade auch im europäischen und außereuropäischen Kontext –, die es zu lösen gilt. Der globale Energiemarkt im Umbruch: Während in Europa schrittweise mehr Wettbewerb entsteht, konzentriert sich die Kontrolle über die weltweiten Öl- und Gasreserven zunehmend in der Hand von wenigen Staatsfirmen.

Genau diesen Spannungsfeldern wollen wir uns in dieser Ausgabe widmen.

Einzelne Teilbereiche dieser komplexen Aushandlungsprozesse haben unsere Autoren näher betrachtet und bezüglich ihrer Chancen und Risiken bewertet.

Allem vorangestellt wie immer: Was ist liberal? In diesem Kontext: Was ist liberale Energiepolitik.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer Michael



Michael im Netz

e-mail lindner@julis.de

facebook [mlin83](https://www.facebook.com/mlin83)

www michael-lindner.info



E-PLUS GRUPPE



Verband der Privaten Krankenversicherung

Danke!

Wir danken allen Sponsoren und Ausstellern, die unseren Bundeskongress in Celle unterstützt haben!

Supergrid

Die Zukunft der Energie liegt in Europa

100% regenerative Energieträger: Für uns Junge Liberale ist dieses Ziel konkrete Generationengerechtigkeit. Ausdruck des verantwortungsvollen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen. Energiepolitik spielt sich auf Zeitskalen von 20, bei größeren Vorhaben von 30 bis 50 Jahren ab. Investitionen sind langfristig, Vertragssicherheit spielt eine entscheidende Rolle und auch technisch lässt sich eine bestehende Infrastruktur nicht von einem Tag auf den anderen umbauen.

Viel wichtiger allerdings als die Zeitskala ist die richtige Wahl der politischen und wirtschaftlichen Arena. Seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951, ist mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Europas ein gemeinsamer Energiemarkt gewachsen. Heute leben wir bereits in einem eng verbundenen, EU-weiten Binnenmarkt, auf dem Energie gehandelt, transportiert und ausgeglichen wird. Nationalstaaten können heute energiepolitisch Akzente setzen und Technologien fördern. Die Ebene, auf der Energiepolitik mittel- bis langfristig sinnvoll ihren Rahmen erhält, ist aber Europa.

Dabei variiert bereits heute die Zusammensetzung der elektrischen Energie von Mitgliedsland zu Mitgliedsland: Mit 100% Wasserkraft in Norwegen, einem wachsenden Anteil regenerativer und einem sinkenden Anteil an Kernenergie in Deutschland, dem kernenergiebasierten Frankreich bis zu den mediterranen Staaten mit einer hohen Effizienz von Solarenergie.

Die wirklich ambitionierte Herausforderung wird allerdings die Energiewende, hin zu regenerativen Energieträgern in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, sein. Eine Kombination aus technischen Möglich-

keiten und politischer Kultur wird auf dem Weg dorthin natürlich auch weiterhin in jedem Mitgliedsland einen unterschiedlichen Strommix zur Folge haben.

Wer regenerative Energieträger zur Basis der deutschen und der europäischen Energieversorgung machen will, muss die Stärken der klimatischen Regionen nutzen und bestehende Schwerpunkte der Energieversorgung regional diversifiziert ausbauen. Es ist nicht sinnvoll, in Norwegen Solarenergie auszubauen und in Spanien die Wasserkraft, so wie es nicht sinnvoll ist, überall in Deutschland auf Windkraft zu setzen, die sich hauptsächlich in Form von Offshore-Kraftwerken an der norddeutschen Küste lohnen wird. Deutschland hat ansonsten im Unterschied zu Skandinavien in der Wasserkraft kaum zusätzliches Potential. Solarenergie wird bei uns selbst in den positivsten Projektionen nicht das Potential haben, wie in EU-Mitgliedsstaaten wie Spanien, bei der Nutzung großer solarthermischer Kraftwerke im Gigawattbereich, wie sie derzeit beispielsweise in den USA bereits erfolgreich getestet und eingesetzt werden.

Das Zauberwort ist daher Vernetzung auf großen Skalen und zwischen den Nachbarländern, die sowohl kurzfristige als auch saisonale Lastschwankungen ausgleichen kann. Eine effiziente, ökologische und wirtschaftliche und damit kostengünstige regenerative Energieversorgung funktioniert nur in einem vernetzten Europa.

Das Querschnittsthema Energiepolitik hat eine wirtschaftliche, umweltpolitische, eine verbraucherpolitische sowie eine geostrategische Bedeutung. Gerade die enge Integration Nordafrikas kann daher sowohl Chancen als auch Risiken bieten. „Desertec“ nennt sich eine Initiative,

Wir wollen eine europäisch vernetzte Energieversorgung, die langfristig zu 100% aus regenerativen Energien besteht. Dabei sollen regionale Besonderheiten in Europa beachtet werden.

Bundestagswahlprogramm der Jungen Liberalen

Medikamente per Post – Beratung frei Haus

„Das ist uns Ihre Gesundheit wert!“

Chefapotheker Prof. Dr. Christian Franken

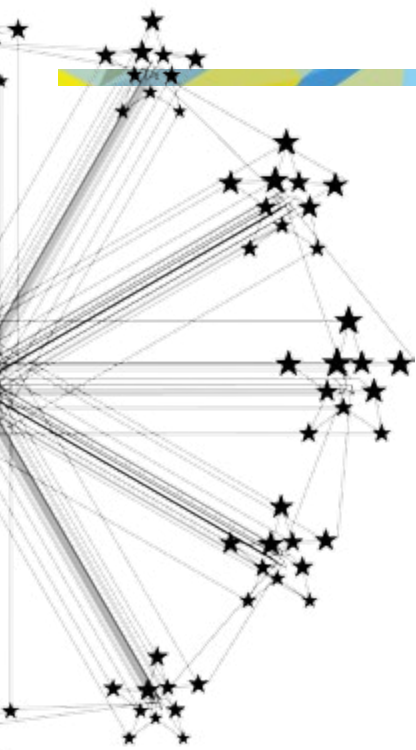
Mitmachen und bis zu 20 Euro Prämie sichern!

- DocMorris legt Wert auf umfassende Beratung. Unterstützen Sie uns dabei und nehmen Sie am Arzneimittel-Check teil. Für Ihre Mithilfe bedanken wir uns mit einer Geldprämie.
- Sie erhalten mindestens 2,50 Euro und bis zu 20 Euro Prämie pro Rezept.
- Einfach Bestellschein und Arzneimittel-Check ausfüllen und zusammen mit Ihrem Rezept in den Freiumschlag stecken. Freiumschläge unter www.docmorris.de oder telefonisch unter 0800 444 11 55 (kostenfrei) anfordern.

Bis zu
20^{Euro}
für Sie



Mehr erfahren Sie auf www.docmorris.de/praeemie



Das „Europäische Supergrid“

ist eine Vision, die nicht in den Fluren der EU-Bürokratie entstand. Prominent wurde sie 2009 mit der Gründung der „Desertec“-Initiative aus dem Club of Rome heraus. Die Gründung gab dem Konzept eine, von Unternehmen getragene Bühne und Form zu geben. Einige der europäischen Global-Player der Energiebranche, darunter Siemens, Munich RE, E.ON, RWE, Schott Solar zählen, nicht ganz uneigennützig, zu den Unterstützern.

Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ)

nennt sich die Technik, die elektrische Energie auf Strecken von mehreren hundert Kilometern mit drastisch gesenkten Verlusten überträgt. Normalerweise laufen auch solche Strecken oberirdisch. Mit Mehrkosten können sie auch unterirdisch gebaut werden.

die vom Club of Rome ins Leben gerufen wurde und von einer Reihe von Wirtschaftsunternehmen getragen wird. Trotz der bestehenden Risiken unterstützen die Initiative Unternehmen wie Munich RE, die in Prognosen, je nach der Entwicklung der politischen Stabilität in Nordafrika in nächster Zeit, durchaus Potential sehen. Bei einer Abwägung der Rohstoffstrategie wird allerdings manchmal Ungleiches verglichen. So befinden wir uns derzeit in einer zunehmenden Abhängigkeit von den Erdgaslieferstaaten in Osteuropa und vom Erdölpreis. Diversifizierung wäre hier sogar hilfreich.

Wer Mittelmeerstaaten oder sogar Nordafrika und Mittel- und Nordeuropa in der Energieverteilung enger integrieren will, kommt mit den vorhandenen Techniken nicht aus. Herkömmliche Hochspannungstrassen arbeiten bei 50 Hertz Wechselspannung. 50 Mal in der Sekunde polen sich Plus- und Minuspol um. Diese Spannung kann technisch relativ einfach in Transformationsstationen auf geringere Spannungen bis zu den 230 Volt umgewandelt werden, die bei uns Verbrauchern aus der Steckdose verfügbar sind. Das System hat allerdings einen entscheidenden Nachteil: Selbst bei sehr hohen Spannungen von 10 bis 100 Kilovolt geht bei langen Übertragungsstrecken durch einen Effekt namens Blindleistung viel Energie verloren. Ab ca. 80 km Länge werden die Verluste meistens technisch und wirtschaftlich unrentabel.

Für das Europäische Supergrid benötigt man daher Leitungen nach dem Prinzip der „Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung“ (HGÜ). Das Problem der hohen Blindleistung entfällt, die Verluste werden auf große Strecken geringer und auch Erdkabel werden technisch möglich. Solche Systeme gibt es beispielsweise bereits als Unterseekabel zur Verbindung mit Skandinavien und Großbritannien. Wo liegt der Nachteil? Zwischen beiden Systemen muss technisch und finanziell aufwändig der Strom umgewandelt werden.

Ein solches „Supergrid“ lässt sich erstaunlich nahtlos in das derzeitige Energieverteilungsnetz integrieren. Vorstellen kann man sich vereinfacht, dass einzelne Großkraftwerke, üblicherweise existierende Kernkraftwerke, funktional durch Konverterstationen ersetzt würden, die Energie aus dem Supergrid ins

bestehende Stromnetz einspeisen. Kein Wunder also, dass die großen Energieversorger, deren Oligopolstellung wir als JuLis immer wieder kritisiert haben, ein solches Netz begrüßen.

Hier liegt allerdings auch einer der wichtigsten Kritikpunkte. Während BUND und Greenpeace beispielsweise Desertec offiziell befürworten, gibt es auch auf Seiten ansonsten großer Befürworter regenerativer Energieträger Widerspruch. So setzen sich die Grünen beispielsweise dafür ein, dass die Energieversorgung sich nicht nur nach Energieträgern diversifiziert, sondern dezentralisiert. Der Kerngedanke ist maximale Energieautonomie und Verantwortlichkeit vor Ort. Keine unbekanntenen Ziele für Liberale und in der Tat unterstützt auch die FDP diesen Ansatz im Rahmen der derzeitigen Versorgungs- und Verteilungsinfrastruktur mit. Beispielsweise wenn wir Biomassekraftwerke fördern.

Das „Europäische Supergrid“ oder „Desertec“ sind Schlagwörter in der politischen Debatte. Dagegen wird jeder Übergang zu solchen Systemen in der Realität organisch wachsen müssen und nicht als 400 Mrd. Euro-Projekt am grünen Tisch beschlossen. An der Politik liegt es, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, bürokratische Hürden und national motivierten Protektionismus im von Oligopolen und Gebietsmonopolen geprägten europäischen Energiemarkt abzubauen, politische Stabilität zu fördern und dafür zu sorgen, dass derartige Projekte nicht entgegen demokratischen Entscheidungsprozessen vorangetrieben werden. Ein wahrhaft „europäisches Projekt“.

Arian Kriesch (29) aus Erlangen, promoviert am MPI für die Physik des Lichts. Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Umwelt, Infrastruktur und Innovation. Mitglied im Präsidium der FDP Bayern.

email kriesch@julis.de
twitter [freiheitsfreund](#)
www www.arian-kriesch.de



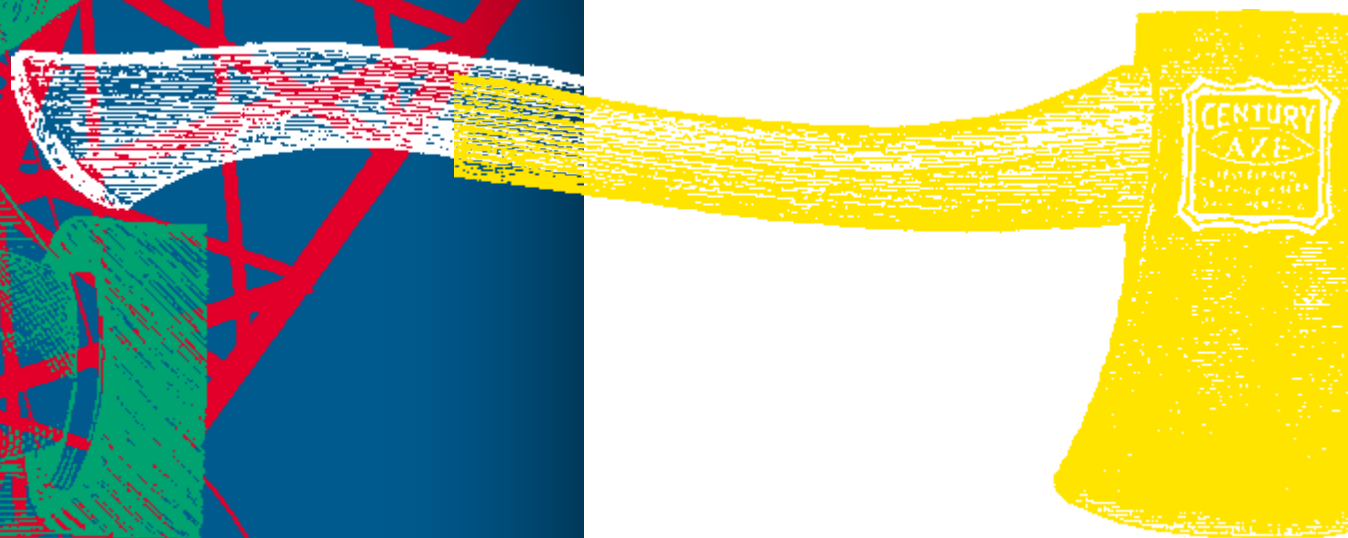
Weitere Informationen und Links:

Straßmann, Burkhard, Verkabelt Europa! Artikel in Zeit Wissen, 13.04.2011, www.zeit.de/zeit-wissen/2011/03/Supergrid

Purvins et al. A European supergrid for renewable energy: local impacts and far-reaching challenges, Journal of Cleaner Production 19 (2011) 1909-1916

Energienetze zurück in Staatshand?

Das sehe ich anders!



Hamburgs Bürger stimmen im September über den Rückkauf der Energienetze ab. Unser Autor Michael Kruse setzt sich kritisch mit dem Rückkauf der Netze auseinander und benennt Argumente, die gegen Rekommunalisierungen in Deutschland sprechen.

Am 22. September 2013 werden die Hamburger nicht nur zur Bundestagswahl zusammen kommen: Sie entscheiden an diesem Tag auch über den Rückkauf der Energienetze für Strom, Gas und Fernwärme. Trotz einer massiven Verschuldung der Hansestadt von derzeit rund 25 Milliarden (25 Tausend Millionen!) Euro scheint eine Mehrzahl der Hamburger bereit, die Energienetze wieder in Staatshand zu führen, auch wenn etwa zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Schulden für Hamburg die Folge wären. Die Argumente für einen Rückkauf sind so vielfältig wie falsch, denn abgesehen von weiterer Verschuldung gewinnt man durch das Eigentum an Energienetzen keinen Einfluss auf die Erzeugung und kann die Energiegewende mithin an dieser Stelle kaum gestalten. Auch nach einer staatlichen Übernahme des Stromnetzes fließt der gleiche Strom durch die Leitungen. Zudem ist der Eigentümer nicht automatisch der Betreiber, denn der Betrieb der Netze wird international ausgeschrieben.

Wie kommt also der Rekommunalisierungswille zustande? Der Glaube in der Bevölkerung, dass der Staat als Unternehmer andere Ziele verfolge, als private Unternehmen tätigen, spielt hier sicher eine Rolle. Ein Blick auf Vattenfall – einen schwedischen Staatskonzern – macht jedoch deutlich, dass davon nicht unbedingt ausgegangen werden kann. Neben diesem Vertrauensvorsprung können zwei Argumente aufgeföhndig gemacht werden: Die Preise für Stromkunden sind seit der Privatisierung der staatlichen Stromunternehmen Ende der 1990er gestiegen, weshalb die Preissteigerungen mit der Privatisierung in direkten Zusammenhang gebracht werden. Dass der Staat über die EEG-Umlage, die Stromsteuer und die darauf fällige Mehrwertsteuer der größte Kostentreiber ist, wird in der Betrachtung des Preisanstiegs zu häufig vernachlässigt. Durch die Debatten über Arbeitsplatzabbau nach Übernahme ist in der Bevölkerung zudem der Eindruck entstanden, dass ehemals vorbildlich arbeitende Staatsunternehmen ausverkauft worden wären. Tatsächlich fand eine Effizienz-

steigerung statt, die für den Kunden einen positiven Preiseffekt hatte.

Das Hauptproblem der liberalen Position ist die Betroffenheitsasymmetrie: Während sich einige Gruppierungen gezielt für den Rückkauf der Energienetze einsetzen, gibt es keine Lobby für das private Betreiben der Netze (sic!). Während Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) mit einem Teilrückkauf kläglich versucht, die Verstaatlichung aufzuhalten, droht der Stadt der restliche finanzielle Spielraum abhanden zu kommen. Die grundsätzliche Problematik von Volksentscheiden, die drastische haushalterische Auswirkungen haben, sei hier nur am Rande erwähnt.

Bis zum 22. September 2013 müssen von uns also klare Botschaften gesendet werden, um den Rückfall in die Staatswirtschaft zu verhindern: Der Netzzrückkauf schadet zukünftigen Generationen durch höhere Schulden, zu erwartende geringere Effizienz im Netzbetrieb und geringere Innovationsfreundlichkeit, sowie höhere haushalterische Risiken.

Gleichzeitig muss die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf die richtigen Aspekte gelenkt werden: Strompreissteigerungen sind in den letzten Jahren vor allem durch staatliche Maßnahmen verursacht worden.

Zu guter Letzt sind auch in dieser Debatte interessante Alternativen vorhanden: Genossenschaftliche Erwerbsmodelle, bei denen die Bevölkerung direkt Eigentum an Netzen erwirbt, können verfügbares Kapital und Know-how zusammen bringen und entsprechen ordoliberalen Grundsätzen. Auch diesen Weg beschreiten derzeit einige Kommunen in Deutschland – vermutlich erfolgsversprechender, als Rekommunalisierungen.

Wenn uns die Übermittlung dieser Botschaften gelingt, kann in Hamburg ein Exempel gegen den Rückschritt in die Staatswirtschaft statuiert werden, das deutschlandweite Strahlkraft hat. Packen wir es an!

Michael Kruse (29) war Mitglied im Bundesvorstand der JuLis und ist Präsident der Landesmitgliederversammlung in Hamburg.

email kruse@julis.de





Bioenergie

Der Nahrungsmittel-vernichtende Klimaretter?

„Bio-Boom geht an heimischen Bauern vorbei“ – mit diesem Titel begann die WAZ am 7. Mai diesen Jahres einen Artikel zu einer von der Grünen Bundestagsfraktion beauftragten Studie zu Bio-Lebensmitteln. Diese Studie hat ergeben, dass der Umsatz in dieser Branche in den letzten zehn Jahren um 127% auf mehr als sieben Milliarden Euro gestiegen ist. Gleichzeitig vergrößerte sich die landwirtschaftliche Fläche, auf der in Deutschland Bioprodukte angebaut werden, nur um 47%.

Die Export-Nation Deutschland schafft es also nicht, den Bedarf einer bestimmten Gruppe von Lebensmitteln selbst zu decken. Das ist sicherlich nicht für alle Produktgruppen problematisch – schließlich können weder konventionelle noch ökologische Zitrusfrüchte in unseren Breitengraden bestehen. Es sind aber insbesondere regional typische Produkte wie Kartoffeln, die in großen Stückzahlen als Bioprodukte importiert werden. Was nach langen Transportwegen, vom ökologischen Anbau ab-

gesehen, an einem solchen Produkt noch „Bio“ ist, muss jeder Verbraucher selbst klären.

So viel zur Ausgangslage. Die Handlungsempfehlungen der Studie – das dürfte beim Auftraggeber nicht verwundern – sind recht einfach gestrickt. Die Lösung lautet: Mehr finanzielle Anreize für die Umstellung von der konventionellen Landwirtschaft zum Öko-Landbau. Gerufen wird also mal wieder nach einer neuen Subvention um ein politisch-ideologisches Ziel zu erreichen. Abgesehen von den üblichen „Risiken und Nebenwirkungen“

von Subventionen würden solche Zahlungen jedoch lediglich Symptome bekämpfen, während die Ursachen unangetastet blieben.

Eine der Ursachen für mangelnde wirtschaftliche Anreize zur Umstellung auf ökologischen Landbau liegt in den – regional sehr differenziert vorkommenden – stark gestiegenen (Pacht-) Preisen für landwirtschaftliche Nutzflächen. In meiner Heimatregion, dem westlichen Münsterland, sind Pachtpreise in Höhe von 1.500 Euro pro Hektar und Jahr keine Seltenheit mehr. Solche Preise aber kann man sich mit einem kleinen landwirtschaftlichen Betrieb, egal ob konventionell oder ökologisch, nicht immer erwirtschaften.

Einfacher lassen sich solche Preise beim Anbau von Mais zum Betrieb von Biogasanlagen erwirtschaften. Die, dadurch in vielen Regionen vorangetriebene, „Vermaisung“ ganzer

Regionen stört aus mancher touristischer Sicht schon das Landschaftsbild. Aber bei einer ganzheitlichen Betrachtung ist auch die Klimabilanz zumindest kritisch zu hinterfragen. Das erscheint insbesondere vor dem Hintergrund des **EU-20-20-Konzepts** sinnvoll. Dieses Konzept sieht unter anderem vor, 10% des Treibstoffes aus Biomasse bereitzustellen. 2010 lag dieser Anteil laut dem Bundesumweltministerium innerhalb von Deutschland noch bei ca. 6% – bis zum Erreichen des Ziels läge also noch ein durchaus beträchtlicher Weg vor uns.

Dieser Weg würde dazu führen, dass vermehrt auf nachwachsende Rohstoffe zur Energiegewinnung gesetzt würde. Das ist natürlich gegenüber konventionellen Energieträgern in der Klimabilanz vorzuziehen. Weitere Stärken der **Bioenergie**, gerade im Bereich der Biogasanlagen, liegen in ihrer Dezentralität und ihrer Flexibilität. Gerade durch letzteres bieten sie eine Energiesicherheit, die Sonne und Wind in dieser Form (noch) nicht bieten können. Durch diese Regelbarkeit sichern Biogasanlagen, bei der Einspeisung in das Energienetz, die Systemstabilität.

Die Nachteile der Bioenergie kommen bei einem detaillierteren Blick schnell zum Vorschein. Schnell stößt man hier auf die Abwägung zwischen „Tank und Teller“. Das eingangs genannte Beispiel zeigt gut nachvollziehbar regionale Auswirkungen auf. Viele Folgen sind für uns aber kaum sichtbar, da neben Bio-Lebensmitteln auch Biomasse zur Nutzung als Bioenergie importiert werden. Das Problem schieben wir damit aus dem eigenen Blick heraus und überlassen es anderen Regionen dieser Welt. Insbesondere in Ländern der Dritten Welt winkt beim Handel mit Biomasse, wie zum Beispiel Palmöl, schnelles Geld. Durch die verringerte Anbaufläche für Lebensmittel steigen die Nahrungsmittelpreise und die Ernährungsprobleme werden spürbar verschärft.

Die ethische Frage aber, die sich beim Verbrennen von Lebensmitteln stellt, darf nicht leichtfertig zur Seite geschoben werden. Die wachsende Weltbevölkerung und der steigende Lebensstandard führen zu einer stark steigenden Nachfrage von Lebensmitteln. Gleichzeitig wird die Fläche, die zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung steht, eher kleiner. Die Effizienz der Landwirtschaft kann durch neue Anbaumethoden, bessere Düngung etc. dieser wachsenden Nachfrage kaum gerecht werden. China zum Beispiel hat aus diesen Gründen bereits verboten, zur Produktion von Ethanol essbare zucker- und stärkehaltige Pflanzenteile zu nutzen.

Ein genauerer Blick lohnt sich auch auf die ganzheitliche Klimabilanz von Bioenergie. So müssten für ein

EU-20-20-20-Konzept

Die EU hat sich im EU-Klimapaket das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen der Union im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent zu reduzieren (um 30 Prozent im Falle eines internationalen Übereinkommens), den Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 20 Prozent zu steigern und die Energieeffizienz um 20 Prozent zu erhöhen. Das Klimapaket umfasst sechs Richtlinien.

Bioenergie

„Bioenergie ist Energie, die aus nicht-fossiler pflanzlicher und Algen-Biomasse stammt, wozu auch Holz gehört. Energetisch genutzt werden kann Biomasse direkt durch Verbrennung oder nach vorheriger Umwandlung in Bioethanol, Biodiesel, Biogas, Wasserstoff oder Synthesegas. Biofuels sind flüssige oder gasförmige Brennstoffe produziert aus Biomasse für Transportzwecke.“ (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina: Bioenergie: Möglichkeiten und Grenzen)

ehrliches Ergebnis alle Treibhausgase wie Kohlendioxid oder Methan bilanziert werden, die bei der Produktion und Konversion der Biomasse anfallen. Insbesondere die Treibhausgase, die bei einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung entstehen, fallen heute aus dem Raster. Die Auswirkungen von Monokulturen (z.B. Mais) sind dann immer noch nicht berücksichtigt.

Eine solche ganzheitliche Betrachtung würde wohl kaum zu einem kompletten Aus von Bioenergie führen, wohl aber zu einer bedächtigeren Nutzung. So könnten zum Beispiel Biogasanlagen, die nur zur Verbrennung angebaute Lebensmittel nutzen, mittelfristig aus der EEG-Förderung herausfallen. Anlagen, die maßgeblich auf Bioabfälle oder Nebenprodukte aus anderen Produktionsprozessen zurückgreifen, könnten dafür stärker als bislang zum Zuge kommen. So wäre die ethisch begründete Lebensmittel-Prioritätenreihenfolge „Teller – Trog – Tank“ wieder einzuhalten und unerwünschte Nebeneffekte könnten reduziert werden. Zeitgleich würde die Bioenergie als eine kleine Säule ihre Rolle zum Gelingen der Energiewende beitragen.

Henning Höne (26) ist umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW und war von 2010-2013 Landesvorsitzender der JuLis NRW.



[email](mailto:henning.hoene@landtag.nrw.de) henning.hoene@landtag.nrw.de

[twitter](#) henninghoene

[facebook](#) henninghoene

[www](http://www.henning-hoene.de) www.henning-hoene.de

Fukushima

Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde 2001 der Grundstein für den Ausstieg aus der Kernenergie gelegt. In dem am 27.04.2002 in Kraft getretenen Gesetz zum Atomausstieg wurde als Fundament der Energiewende das Verbot des Kernkraftwerk-Neubaus und Restlaufzeiten für die einzelnen Kernkraftwerke manifestiert. Die Kernkraftnutzung sollte nach Schätzungen demnächst bis 2023 möglich sein. Im Jahr 2010 entwarf die schwarz-gelbe Regierung ein Energiekonzept, das „Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ enthielt und damit die Förderung der erneuerbaren Energien massiv vorantrieb. Kernenergie sollte nunmehr Brückentechnologie auf dem Weg in die Ära der erneuerbaren Energien sein. Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima im März 2011 sprach die Bundesregierung ein Moratorium aus, das eine sofortige dreimonatige Abschaltung der sechs ältesten deutschen Kernkraftwerke bewirkte. Zusätzlich wurden alle Kernkraftwerke einer Sicherheitsprüfung unterzogen. Außerdem vollzog die Bundesregierung eine Kehrtwende in der Energiepolitik, indem sie im Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes (13. AtGÄndG) vom 31.07.2011 feste Enddaten bis 2022 für die Laufzeiten der Kraftwerke festsetzte. Ausgehend vom jüngsten Änderungsgesetz ergibt sich eine Reihe von verfassungsrechtlichen Problemen, die in, vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen, Klagen Niederschlag finden.

Enteignung der Kernkraftwerkbetreiber

Zunächst ist strittig, ob die durch die jüngste Atomnovelle angeordnete vorgezogene Stilllegung der Kernkraftwerke eine Enteignung der Kraftwerkbetreiber gemäß Art. 14 Abs. 3 GG oder eine eigentumsbegrenzende Inhalts- und Schrankenbestimmung gemäß Art. 14 Abs. 1 GG darstellt. Nimmt man an, dass es sich bei der Stilllegung um Enteignungen handelt (strittig), muss eine Entschädigungsregelung im Gesetz statuiert sein. Dies ist im 13. AtGÄndG nicht der Fall. Allein deshalb wäre das Gesetz schon verfassungswidrig. Eine Enteignung könnte überdies nur zulässig sein, wenn sie dem Wohle der Allgemeinheit dient. Das öffentliche Interesse an der Enteignung müsste besonders schwerwiegend und dringend sein. Vor dem Hintergrund, dass die deutschen Reaktoren einer ständigen Überprüfung unterlagen und von der Reaktor-Kommission nicht beanstandet wurden, lag kein akuter Sicherheitsmangel vor. Vielmehr sollte eine gefühlte Sicherheit für die deutsche Bevölkerung geschaffen werden. Die Notwendigkeit der sofortigen Stilllegung und der Laufzeitbegrenzung genügt dem Erfordernis des schwerwiegenden öffentlichen Interesses nicht.

Eingriff in die Berufsfreiheit

Auch ein Eingriff in die Berufsfreiheit der Kraftwerksbetreiber aus Art. 12 Abs. 1 GG könnte vorliegen. Davon ausgehend, dass der Beruf des Kraftwerkbetreibers ein eigenständiger Beruf ist, wirkt die Stilllegung eines Kraftwerks als faktische Zugangssperre zum Beruf. Durch den Ausstieg aus der Kernenergie verlieren Kraftwerkbetreiber ihre gesamte wirtschaftliche Existenz. Der Gesetzgeber müsste also nachweisen, dass der Eingriff der Gefahrenabwehr für ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut dient. Dies scheint hier äußerst fraglich. Zwar kann als überragend wichtiges Gemeinschaftsgut die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger angeführt werden; allerdings ist die Gefahr nicht nachweis-

bar, da sie, wie oben festgestellt, eine „gefühlte“ Gefahr ist. Vor diesem Hintergrund ist die Anordnung der sofortigen Stilllegung und der Festlegung der Endlaufzeiten unverhältnismäßig und nicht zumutbar. Das 13. AtGÄndG verstößt gegen die Berufsfreiheit der Kraftwerkbetreiber in Art. 12 Abs. 1 GG.

Unterschiedliche Ausgestaltung der Restlaufzeiten

Überdies könnte die unterschiedliche Ausgestaltung der Restlaufzeiten der Kernkraftwerke nicht mit dem allgemeinen Gleichheitssatz in Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar sein. Die unterschiedlichen Abschaltzeiten und daraus resultierende mögliche Verwertung der Reststrommengen bewirken Ungleichbehandlungen. Diese Feststellung ist jedoch von technischen Angaben abhängig und nur hypothetisch festzustellen. Der Gesetzgeber nennt keine spezifizierten Gründe für die einzelnen unterschiedlichen Restlaufzeiten, ist dazu aber auch nicht verpflichtet. Sachgründe für unterschiedliche Laufzeiten können Instandhaltungsinvestitionen und wirtschaftliche Erwägungen sein. Die unterschiedliche Regelung der Laufzeiten kann den Maßstäben der Verfassungsmäßigkeitsprüfung im Hinblick auf „Laufzeitgerechtigkeit“ genügen. Eine Ungleichbehandlung kann nicht hinreichend nachgewiesen werden.

Europarechtliche Betrachtung

Problematisch im europarechtlichen Kontext ist, dass einzelne Länder wie Deutschland sich für einen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie entscheiden, eine Gefahr jedoch weiterhin durch den Kraftwerkbetrieb und -ausbau in den Nachbarländern droht. EU-Energiekommissar Oettinger entwickelte ein bislang unverbindliches Si-

cherheitskonzept, das die verbindliche Anordnung europaweiter Stress-tests vorsieht, deren Nichtbestehen zur Abschaltung des Kernkraftwerks führt. Nach Art. 33 Abs. 1 EAGV liegt die Umsetzung der Stress-tests in mitgliedstaatlicher Hand. Im Ergebnis lässt sich das dringende Überarbeitungsbedürfnis des Europäischen Atomvertrags feststellen, der politisch und rechtlich überholt ist.

Keine Lösung des Puzzles „Energiewende“

Die Untersuchung der verfassungsrechtlichen Probleme des Ausstiegs aus der Kernenergie führt zu dem Ergebnis, dass die jüngste Änderungsnovelle massiv in die Grundrechte der Kraftwerksbetreiber eingreift. Die Energiewende gestaltet sich als komplexer Prozess, dessen rechtliche, technische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen immer noch nicht abschließend geklärt sind. Gerade vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob die plötzliche Wende in der Atompolitik unvermeidbar war. Anstatt den langfristig geplanten Weg des Atomausstiegs weiter zu gehen und die Energiepolitik sanft umzusteuern, wurde eine abrupte Kehrtwende vollzogen, die Politik, Unternehmen und vor allem Verbraucher vor massive Probleme stellt. Eine zufrieden stellende Lösung des Puzzles „Energiewende“ ist nicht in Sicht.

Alexandra Karge (25), Jura-Studentin an der Uni Hamburg.
email karge@julis-hh.de





Beisitzer
Marius Hoppe
*1996 | Schüler

Vorsitzender
Lasse Becker
*1983 | Promotionsstudent

Geschäftsführender Vorstand

Beisitzer
Kooptiert

Stv. Chefredakteurin j+I
Jeanine Weiss
*1990 | Studentin der Medienwissenschaft & Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

Bundesgeschäftsführer
Nicolas Helmuth
*1987

Beisitzer
Florian Philipp Ott
*1988 | Student der Politikwissenschaft

Referentin des Bundesvorstandes
Anna Catharina Müller
*1988

Ombudsmann
Oliver Olpen
*1988 | Student der Sozialwissenschaften

Stv. Vorsitzender für Programmatik
Konstantin Kuhle
*1989 | Student der Rechtswissenschaften

Schatzmeister
Konrad Greilich
*1990 | Bankkaufmann

Beisitzer/International Officer
Miriam Reinartz
*1987 | Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Internet und EDV-Beauftragter
Tobias Fankhänel
*1987 | Student der Physik

Chefredakteur j+I
Michael Lindner
*1983 | Angestellter und externer Doktorand

Beisitzerin
Nora Woiwode
*1987 | Studentin der Politikwissenschaft

Beisitzer
Lasse Roth
*1988 | Student der Politikwissenschaften

Stv. Vorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Alexander Hahn
*1987 | Student der Politik- und Verwaltungswissenschaft

Stv. Vorsitzende für Organisation
Katrin Helling-Plahr
*1986 | Rechtsreferendarin

Beisitzer
Alexander Lipowski
*1988 | Lehramtsstudent

Datenschutzbeauftragter
Manuel Schütt
*1984 | Doktorand und Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Unser neuer BuVo!



Energiewende liberal



Wie können die kommunalen Energieversorger die Herausforderungen der Energiewende meistern? Haben sie durch ihre regionale Verantwortung eventuell einen Vertrauensvorsprung und können eine Vorreiterrolle besetzen?

Wir stehen am Beginn eines neuen Energiezeitalters. Die Energieversorgung ist eine der zentralen Fragen unserer Zukunft. Bedingt durch die Katastrophe in Fukushima hat ein erhebliches Umdenken und ein merkbarer Wandel stattgefunden. Diesen neuen Herausforderungen müssen sich alle stellen: die Energieversorger, die Gesellschaft, die Wirtschaft und der Staat.

Im Rahmen meiner laufenden Promotion mit dem Titel „Das Management von Risiken und Werten in der kommunalen Energieversorgung“ beschäftige ich mich mit der Ausgangssituation und den Möglichkeiten bzw. Chancen kommunaler Energieversorger in der Energiewende. Trotz ihrer begrenzten, vor allem finanziellen, Ressourcen im Vergleich zu den großen Vier der Energieversorgung (E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW) haben kommunale Energieversorger durch ihre regionale Nähe und kommunale Verantwortung keine schlechten Chancen in der Energiewende zu behaupten.

Das Gut Energie hat durch den Klimawandel und die Wirkungen der Atomkatastrophe in Fukushima eine deutliche moralische Aufladung erfahren. Die Bevölkerung und insbesondere unsere Wirtschaft sind durch den technologischen Fortschritt auf eine stetige Verfügbarkeit von Energie angewiesen. Ohne diese würden unser Fortschritt und unsere persönliche Freiheit merkliche Einbußen erfahren. Die Versorgungssicherheit ist ein zentraler Faktor bei dem Umbau der Energieversorgung. Unter gesellschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten sind die konventionellen Formen der Energieerzeugung jedoch kritisch zu betrachten. Die Erzeugung von Atomstrom birgt unkalkulierbare Risiken für die Bevölkerung, wie Fukushima eindrucksvoll gezeigt hat. Daher war der Atomausstieg eine richtige, gesellschaftlich gewollte Entscheidung. Die Erzeugung aus Kohle, Erdöl und anderen fossilen Energieträgern beinhaltet negative Folgen

in Bezug auf den Klimawandel. Unter langfristigen wirtschaftlichen und moralischen Perspektiven ist nur die Erzeugung aus Erneuerbaren Energien als positiv zu bewerten. Wir (das heißt nicht nur die Unternehmen, sondern jeder Einzelne von uns) sind verantwortlich dafür unseren nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Auch sie sollen die Chance haben, ihr Leben frei gestalten zu können. Nur durch die vermehrte Nutzung Erneuerbarer Energien und verstärkter Energieeffizienz können die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden: eine bezahlbare und langfristig gesicherte Energieversorgung ohne negative Beeinflussung des Klimawandels oder atomaren Gefahren für die Allgemeinheit. Die Weichen dafür werden jetzt gestellt.

Die vermehrte Erzeugung aus Erneuerbaren führt im System der Energieversorgung zu einer Dezentralisierung. Die Energie wird nicht mehr durch große Kraftwerke an zentralen Standorten bereitgestellt, sondern an vielen verteilten Punkten erzeugt. Aus diesem Grund ist auch der zügige Netzausbau eine wesentliche Voraussetzung für ein effizientes Wachstum der Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien. Die kommunalen Energieversorger sind im Gegensatz zu den großen Vier regional verteilt und verwurzelt. Sie können als neue Anbieter von dezentraler Energie in ihrer Region schnell die entsprechenden Strukturen aufbauen bzw. für bestehende Anbieter neuer Energieformen zu einem strategisch wichtigen Partner werden. Stadtwerke fungieren als häufig vertikal integrierte Energieunternehmen auch als Netzbetreiber und können so auf allen wesentlichen Ebenen agieren.

Die kommunale Verantwortung der Stadtwerke für ihre Bürger vor Ort ist historisch gewachsen und somit langfristig gefestigt. Im Rahmen der Daseinsvorsorge für alle Bürger genießen die Stadtwerke durch ihre Verknüpfung zur Gemeinde ein besonderes Vertrauen. Sie dienen im Gegensatz zu den rein privatwirtschaftlichen Anbietern nicht nur ihrer eige-

nen Gewinnmaximierung, sondern auch der Gemeinwohlförderung. Dieses Vertrauen ist im Hinblick auf die Unsicherheiten in der Energiewende durch die erheblichen Umbrüche, die auf alle Akteure zukommen, ein wichtiger Faktor. Für die kommunalen Energieversorger ist es für ihre zukünftige Wettbewerbsfähigkeit entscheidend diesen Vertrauensvorsprung zu erhalten. Sie können für die Bürger die Brücke in das neue Zeitalter darstellen.

Vertrauen zu schaffen und zu erhalten, gerade in risikoreichen und unsicheren Zeiten wie der Energiewende, wird wesentlich durch Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit gefördert. Die liberale Energiepolitik setzt sich daher für einen machbaren Energiewandel ohne falsche Versprechungen ein. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren und der Verbesserung der Energieeffizienz dürfen auch faire und wettbewerbsfähige Energiepreise und die Versorgungssicherheit nicht aus den Augen verloren werden. Ein Energiewandel, der auf diesen Voraussetzungen basiert, ist langfristig und glaubwürdig. Die kommunale Energieversorgung kann durch ihre vorab beschriebenen Vorteile hierbei ein guter Partner auf dem Weg zur Energieversorgung der Zukunft sein. Die kommunale Energieversorgung kann durch das Vertrauen ihrer Bürger und ihre adäquaten Strukturen eine Schlüsselrolle in einer liberalen Energiewende mit Weitblick einnehmen. Sie hat das Potenzial die konkrete Umsetzung liberaler Ideen effektiv zu begleiten. Zum Wohle aller Bürger und nachfolgenden Generationen. Packen wir es an!

Jessica Lange (27) ist Kauffrau (FH)

email jessica_lange@gmx.de

facebook [jessica.lange.752](https://www.facebook.com/jessica.lange.752)

www www.wertemanagement-lange.de

xing [Jessica_Lange5](https://www.xing.com/profile/Jessica_Lange5)



Auf ein Glas Milch mit Lasse Becker

Lieber Lasse, die eingeläutete Energiewende stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Schrittweise sollen Atomenergie und fossile Kraftstoffe durch erneuerbare Energie ersetzt werden. Dazu sind riesige Investitionen erforderlich. Gleichzeitig befindet sich der globale Energiemarkt im Umbruch: Während in Europa schrittweise mehr Wettbewerb eingeführt wird, konzentriert sich die Kontrolle über die weltweiten Öl- und Gasreserven zunehmend in der Hand von wenigen Staatsfirmen. All das sind Klippen die es zu Umschiffen gilt und bezahlbare Energie und Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Es gibt einige Stimmen, die den schnellen, ungeplanten Ausstieg aus der Kernenergie nach den Kernschmelzen in den Reaktorkernen Fukushimas als überstürzt bezeichnen. Gerade weil Deutschland diesen Schritt quasi isoliert vollzog. Unsere europäischen Nachbarstaaten setzen nach wie vor auf Atomenergie – auch außereuropäisch sieht es ähnlich aus. Hältst Du diesen Schritt trotzdem für angemessen, oder teilst Du die Auffassung der Kritiker, dass Deutschland hier überstürzt eine Vorreiterrolle spielt?

Wir haben die Frage beim Bundeskongress in Bonn sehr ausführlich diskutiert. Beide dort

besprochenen Alternativen ließen deutlich werden, dass ein möglichst rascher Ausstieg aus der Atomenergie gewünscht war, nur über das Zeitfenster war man sich uneinig. Diese Diskussion haben wir also schon deutlich vor Fukushima geführt. Auch persönlich halte ich den Ausstieg aus der Kernkraft für richtig. Ob man ihn sofort und ohne die notwendigen Planungen von Stromtrassen für regenerative Energien sofort hätte starten sollen, ist eine andere Frage. Aber generell richtig bleibt er.

Im Zuge der Umstrukturierung der Energiegewinnung wird auch vermehrt Biomasse als Energieträger genutzt – beispielsweise zeigt sich dies bei dem „Biosprit E10“. Einer unserer Autoren stellt die Frage, wie die ethischen Probleme, die sich beim Verbrennen von Lebensmitteln stellen, zu bewerten sind. Die wachsende Weltbevölkerung und der steigende Lebensstandard führen zu einer stark steigenden Nachfrage von Lebensmitteln – und wir, plakativ und reduzierend formuliert, verbrennen diese, um Auto fahren zu können. Viel Lärm um nichts, oder doch kein Zukunftsmodell?

Würden wir denn die Nahrungsmittel sonst in Länder exportieren, in denen weniger dieser

Stoffe vorhanden sind? Ich glaube nicht. Deshalb finde ich das auch vertretbar. Verglichen mit fossilen Energieträgern finde ich es sogar nachhaltiger: Wir verbrennen dann etwas, was wieder nachwächst und nicht auf Dauer weg ist. Wobei auf der anderen Seite die Effizienz gerade bei Biosprit einfach nicht im nötigen Maße gegeben ist. Deshalb bin ich bei dem konkreten Fall auch eher skeptisch, wenngleich nicht aus ethischen Gründen. Zur Bekämpfung der Nahrungsmittelknappheit in anderen Regionen der Welt ist ohnehin Hilfe zur Selbsthilfe und nicht das Überschwemmen mit deutschen (ausländischen?) Nahrungsmitteln der richtige Ansatz.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) kritisieren wir Liberale als ineffiziente Förderstruktur regenerativer Energien. Der Wettbewerbsgedanke kommt in diesem Konzept quasi nicht vor. Wie können wir Deines Erachtens hier nachbessern?

Die Effizienz wäre größer, wenn wir ein Quotenmodell einführen würden: Der Staat würde dann festlegen, wie hoch der Anteil regenerativer Energien sein soll und könnte diesen Zug um Zug hochfahren und gleichzeitig wären die Stromproduzenten in der Lage, zu entscheiden, welche die effizienteste Produktionsart ist... Am Meer vielleicht Windenergie, in den Bergen Wasserkraft und so weiter. Daneben kommt einem echten marktwirtschaftlichen Zertifikatehandel mit knappen Zertifikaten eine größere Bedeutung zu. Da brauchen wir weitere Schritte in diese Richtung.

Neben der Umstrukturierung der Energieproduktion steht auf der anderen Seite die Mög-

lichkeit der Energieeinsparung. Hier gibt es sicherlich Potenzial, den Energiebedarf einzuschränken. Als Liberale schrecken wir vor Verboten zunächst immer eher zurück und suchen weniger drastische Wege. Wie kann die politische Ebene Deiner Ansicht nach – ohne die Verbotsskeule – Einfluss auf das Bewusstsein der Verbraucher ausüben, um Energieeffizienz auch stärker in den persönlichen Fokus zu heben?

Naja, die wertvollsten Anreize setzt natürlich die Effizienz selbst: Wenn man hinterher Geld dadurch spart, dass man Energiefresser nicht länger nutzt, ist das für viele ein sinnvoller Anreiz. Da hat sich meiner Einschätzung nach in den letzten Jahren auch viel getan: Von der energetischen Gebäudesanierung bis zu sparsameren Autos gibt es da ja viele Erfolgsgeschichten. Allerdings ist da auch jeder von uns selbst gefragt, ein bisschen auf sich zu achten.

Nicht nur innenpolitisch gibt es Herausforderungen zu meistern, auch die Europäische Union stellt Rahmenbedingungen, denen die Ausgestaltung der zukünftigen Energieversorgung Rechnung tragen muss. Im Gedächtnis bleibt bei der Bevölkerung aber diesbezüglich am ehesten das umstrittene Glühbirnenverbot, oder die aktuelle Debatte bzgl. der Limitierung der Saugkraft von Staubsaugern. Wie sollte die Europäische Union mit ihren Gremien Deiner Meinung nach hier bessere Akzente setzen statt sich im „klein klein“ zu verheddern?

Die EU sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren: Glühbirnenverbote haben ebenso wenig eine gesamtcontinentale Bedeutung,

wie die Frage der Saugkraft von Staubsaugern. Stattdessen wäre es ein sinnvoller Beitrag, marktwirtschaftliche Mechanismen wie den Handel mit Emissionszertifikaten endlich ins Laufen zu bringen. Das funktioniert definitiv nicht national. Leider haben sich auch die Liberalen im Europaparlament da nicht immer mit Ruhm bekleckert. Also: Finger weg von Sachen, wie Glühbirnen und Staubsaugern, die man eigentlich gar nicht zentral zu regulieren braucht, stattdessen den Fokus auf die großen Linien legen. Das gilt übrigens auch für viele andere Felder der Europapolitik.

Lasse Becker (30) ist Bundesvorsitzender der JuLis und Promotionsstudent.

- email becker@julis.de
- twitter lassebecker
- facebook lassebecker
- www www.lassebecker.de



Auf der Suche nach der Strompreisbremse

Bezahlbare Energie ist ein hohes Gut. Dieser Aussage würden vermutlich alle im Bundestag vertretenen Parteien zustimmen. Wenn es aber darum geht, die richtigen politischen Weichen für bezahlbaren Strom zu stellen, steckt die linke Hälfte des Parlaments den Kopf in den Sand. Das können wir nicht zulassen.

Schon seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) durch SPD und Grüne kritisieren wir Liberale die ineffiziente Förderstruktur regenerativer Energien. Durch das Prinzip der staatlich garantierten und technologieabhängigen Einspeisevergütung für erneuerbare Energien entsteht zum einen ein starker Anreiz zum Zubau ineffizienter Kapazitäten. Zum anderen kommt es aufgrund des hohen Förderniveaus zu einem zu schnellen Ausbau und damit zu einer Kostenkumulation. Allein die EEG-Umlage ist seit 2003 um sagenhafte 1.287% gestiegen, der Staatsanteil am Strompreis durch Steuern, Abgaben und Umlagen von 24,5% in 1998 auf 45,4% im letzten Jahr angewachsen. Die Gesamtkosten des EEG summieren sich schon heute auf mehrere hundert Milliarden Euro. Durch die Ausschaltung

des Wettbewerbs der erneuerbaren Energien untereinander und der Abschottung gegenüber dem restlichen Energiemarkt ist mittlerweile ein gefährliches Maß an Überförderung entstanden, dessen Kosten nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf die Probe stellen, sondern vor allem eine sozialpolitische Herausforderung sind.

Eine grundlegende Reform des EEG erscheint daher dringend notwendig. Ziel muss es sein, die erneuerbaren Energien endlich in

Wettbewerb untereinander und, zumindest in abgeschwächter Form, auch mit dem Markt insgesamt zu bringen. Wir JuLis fordern daher in unserem Bundestagswahlprogramm zu Recht, das an rein quantitativem Mengenwachstum orientierte EEG durch ein europäisches Quotenmodell zu ersetzen. Hier würden Stromanbieter verpflichtet, einen bestimmten Anteil der verkauften Energie aus regenerativen Quellen zu beziehen, technologieneutral und marktnah. Langfristig würden dadurch die Mehrkosten für die Energiewende deutlich gedämpft. Auch kurzfristig muss die Politik aber handeln, wenn der Strompreis nicht mehr und mehr zum wirtschaftlichen Wettbewerbsrisiko werden und viele Bürger vor ernste Probleme stellen soll. Gebraucht wird die Strompreisbremse also schon jetzt.

Peter Altmaier und Philipp Rösler haben dazu im März einen gemeinsamen Vorschlag vorgelegt: die EEG-Umlage soll zunächst auf dem Niveau von 2013 eingefroren und Vergütungsansprüche aus dem EEG reduziert werden. Anlagenbetreiber bekämen ihre Vergütung nur so lange, wie der Fördertopf durch die Umlage gefüllt ist, weitere Ansprüche würden erst später erfüllt. Ferner sollen Betreiber von bereits bestehenden Altanlagen eine einmalige Absenkung der Fördersätze hinnehmen. Ausnahme genehmigungen für energieintensive Unternehmen würden außerdem reduziert wer-

den. In der Summe würden sich die neu hinzukommenden Kosten durch die EEG schon kurzfristig deutlich verringern, durch die Kappung der Förderung von Altanlagen könnte sogar eine Reduzierung der EEG-Umlage erreicht werden. Auch wenn die Beteiligung der bestehenden Anlagen aus dem Aspekt der Vertragstreue nicht unproblematisch ist, liegt insgesamt ein guter Vorschlag auf dem Tisch. Berücksichtigt man bereits beschlossene Maßnahmen, wie die Reduzierungen der Vergütungssätze und die automatische Koppelung weiterer Kürzungen an die Geschwindigkeit des Zubaus, so ergibt sich ein nennenswertes Potential für Kostendämpfungen im EEG. Sehr zu begrüßen ist auch die Forderung der FDP, die Stromsteuer in dem Maße abzusenken, wie der Bund durch die höhere EEG-Umlage zusätzliche Umsatzsteuereinnahmen generiert. Auch der bisher stark kostentreibende Ausbau des Stromnetzes hin zu einem Maximalnetz, in das alle konventionellen Kraftwerke, Windräder und Solaranlagen mit maximaler Leistung gleichzeitig einspeisen können, wird zunehmend hinterfragt. Ist die Lösung also gefunden?

Noch ist unklar, ob die genannten Vorschläge der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Rein vorsorglich haben SPD und Grüne auf dem Energiegipfel zwischen Bund und Ländern am 21. März aber schon klargemacht, dass sie im Bundesrat jede substantielle Änderung des EEG zu blockieren gedenken. Kanzlerin Merkel teilte daraufhin mit, in dieser unsicheren Situation sei eine Umsetzung der Vorschläge schwierig, ein Gesetzentwurf werde wohl nicht mehr kommen. Diese Entscheidung kann von uns Liberalen nicht einfach hingenommen werden. Ohne

kurzfristige Strompreisbremse wird die EEG-Umlage absehbar auf ein Niveau steigen, das Bürger und Wirtschaft gleichermaßen vor enorme Probleme stellt. Wir dürfen nicht warten, bis Energiekosten für die Menschen zu einer zweiten Miete werden und selbst gut aufgestellte Unternehmen in Schieflage geraten. Stattdessen sollten wir die gemeinsamen Vorschläge klar formulieren, ein Gesetz auf den Weg bringen und eine Abstimmung im Bundesrat erzwingen. Hier wird sich zeigen, ob Rot-Grün in einer Kernfrage der sozialen Gerechtigkeit Verantwortung zeigt oder die Blockadehaltung aufrecht hält. Im ersten Fall hätten wir für die Menschen in diesem Land etwas erreicht, im zweiten Fall ist klar welche energiepolitische Wahl die Bürger am 22. September haben: teure Ideologie oder bezahlbare Energie!

Sascha Henrich (24) ist Landesprogrammatiker in NRW und studiert Geschichts- und Politikwissenschaft an der Uni Düsseldorf.



„Nachhaltig oder profitabel? Warum oder?“

MICHAEL BAUERMEISTER
Manager Informationstechnologie bei Reemtsma

Wir sind der Meinung, dass Nachhaltigkeit und Profitabilität kein Widerspruch sein darf. Bei Reemtsma suchen wir stets die richtige Balance, um langfristig erfolgreich zu sein. Das Morgen planen, ohne das Heute zu vergessen. Nur so bieten wir Sicherheit über den Tag hinaus. Langjährige Erfahrung, modernes Management und permanenter Wandel machen Reemtsma zu dem, was es heute ist: ein Unternehmen mit einer über 100-jährigen Erfolgsgeschichte und einer großen Zukunft. www.reemtsma.de

WERTE LEBEN. WERTE SCHAFFEN.

ANZEIGE

gürtlerbachmann



REEMTSMA



YDA-Deutschlandtour



Vom 19. bis 26. Mai bekamen wir JuLis Besuch von unserer amerikanischen Partnerorganisation bei IFRLY (International Federation of Liberal Youth), den Young Democrats of America (YDA). Mit Heather Brown (Chief of Staff der YDA) sind wir JuLis in dieser Zeit gemeinsam durch die Bundesrepublik gefahren.

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen standen ausführliche Erfahrungsberichte aus dem amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf und von der Kampagne für US-Präsident Barack Obama. Heather stellte uns dabei unter anderem einige Best-Practice-Aktionen im On- und Offline-Bereich vor, beschrieb, wie das Freiwilligenmanagement der YDA ablief und sie ihre Wahlkämpfer motivierten.

Im Anschluss daran wurde ausgiebig über die vorgestellten Methoden diskutiert, ebenso wie über aktuelle Projekte der Obama-Regierung und weitere Fragen der US-Politik. Diese Veranstaltungen gab es in Berlin, Hamburg, Essen, Köln, Würzburg und Mannheim.

Neben diesem Austausch über den US-Wahlkampf standen auch weitere Termine auf dem Programm. So gab es beispielsweise ein Gespräch mit Markus Löning, FDP, dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, und eine Diskussion zwischen Heather, unserem JuLi-Vorsitzenden Lasse und dem Vorsitzenden unseres europäischen Dachverbands LYMEC, Jeroen Diepemaat von der niederländischen JOVD, bei der unter anderem über die Euro-Schuldenkrise gesprochen wurde.

Zur Deutschlandtour mit Heather und der Diskussion zwischen ihr, Lasse und Jeroen gibt es auch Videos und einen Internationalen Podcast, den ihr in unserem JuLi-Youtube-Kanal finden könnt.

Bei Fragen zum Besuch von Heather kannst du Dich an unsere International Officer Miriam (miriam.reinartz@julis.de) wenden.

Deniz Ay (*1994) *Auszubildender (Industriekaufmann)*
Mir bereitet es Unruhe daran denken zu müssen, dass mein alltägliches Handeln woanders auf der Welt wahrscheinlich bestraft werden würde. Als deutscher Europäer, der so viel Glück hatte, verspüre ich irgendwie Verantwortung. Freiheit, Demokratie und Frieden sind meine Zukunft. Sie soll auch die der anderen werden.

Benedikt Javuz (*1985) *Student der Rechtswissenschaften*
Ich bin als Sohn eines Ausländers in der Europastadt Aachen, nur wenige Kilometer von den Niederlanden und Belgien entfernt, groß geworden. Von Kindesbeinen an waren offene Grenzen und ein natürlicher Umgang mit Menschen anderer Herkunft ein ständiger Wegbegleiter. Mit meinem Engagement im internationalen Komitee möchte ich Menschen anderer Nationalität in ihrem Kampf für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihrer Heimat unterstützen. Wir machen uns für den Erhalt und den Ausbau der Werte, die vielen jungen Europäern mitunter wie selbstverständlich erscheinen, in und über Europas Grenzen hinaus stark.

Kirsten Staudt (*1983) *Doktorandin*
Bessere internationale Zusammenarbeit heißt für mich: weniger Stereotype, mehr direkter Austausch. Als Mitglied des IntKom möchte ich Menschen Gelegenheit zu Verständigung, Information und Kontakt geben. Und natürlich freue ich mich auch selbst auf viele bereichernde Begegnungen.

Julian Scholtes (*1995) *Liberal-Arts Student*
Dass wir uns nicht in nationaler Politik verhaften, sondern auch über den eigenen Tellerrand schauen, sehe ich als Teil unserer liberalen Verantwortung. Deshalb engagiere ich mich im Internationalen Komitee.

Anna Kravitsenko (*1988) *Studentin der Politikwissenschaft und Osteuropastudien*
Durch meinen persönlichen Hintergrund und zahlreiche Auslandsaufenthalte überwiegt im postsowjetischen Raum meine ich die politische und gesellschaftliche Situation in diesen Ländern besonders gut. Durch mein Engagement im IntKom der JuLis möchte ich unseren Partnerorganisationen in der Region neue Kooperationsmöglichkeiten bieten, um Freiheit und Bürgerrechte gemeinsam zu verteidigen.

Maximilian Heilmann (*1991) *Student, Maschinenbau auf Lehramt*
Ich möchte das Feuer des Liberalismus und die Flagge der Freiheit in die Welt hinaustragen, Politik erfahren und im Sinne der Freiheit gestalten. Nicht nur in Europa, sondern rund um den Globus. Deshalb engagiere ich mich im Internationalen Komitee.

Philipp Klefenz (*1989) *Student der Rechtswissenschaften*
Ich engagiere mich im Internationalen Komitee weil Liberalismus keine (Länder-)Grenzen kennt und es in einer globalisierten Welt und einem mehr und mehr zusammenwachsenden Europa wichtig ist gemeinsam für mehr Freiheit zu kämpfen

Elisabeth Dehler (*1991) *Studentin der Rechtswissenschaften*
In Zeiten, in denen internationale Konflikte und Krisen dazu beitragen, dass dem Individuum die persönliche Freiheit und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben schrittweise genommen werden, möchte ich durch mein Engagement für eine demokratische und liberale Gesellschaft meinen Teil zu einer besseren Welt beitragen!

Das neue Internationale Komitee

Auf seiner ersten regulären Sitzung hat der JuLi-Bundesvorstand das neue Internationale Komitee (IntKom) gewählt. Bei zahlreichen hochqualifizierten Bewerbungen fiel die Wahl an vielen Stellen nicht einfach aus.

Das Internationale Komitee arbeitet der International Officer zu, organisiert Maßnahmen und Seminare im In- und Ausland und betreut internationale Gäste auf unseren Kongressen.

Solltest Du Fragen zur internationalen Arbeit der JuLis oder dem Internationalen Komitee haben wende Dich einfach an unsere International Officer Miriam Reinartz (miriam.reinartz@julis.de)

Impressum

jung-liberal ist das MitgliederMagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber: Bundesverband Junge Liberale e.V., PF 540243, 10042 Berlin, Telefon: (030) 28 38 87 91, Telefax: (030) 28 38 87 99, E-Mail info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.): Michael Lindner (lindner@julis.de); Stellvertretung: Jeanine Weiss

Autoren: Lasse Becker, Sascha Henrich, Henning Höhne, Alexandra Karge, Arian Kriesch, Michael Kruse, Jessica Lange, Michael Lindner.

Lektorat: Christian Bauer, Ulrich Lechte, Katrin Säckel, Johannes Wolf.

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bildnachweise

Seite 18/19: JuLis Flensburg / André Classen
Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen © JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin

Vorschau 03/12



Bundestagswahlausgabe

Für die kommende Ausgabe können gern ab sofort Artikelvorschläge und Ideen an die Chefredaktion eingesandt werden.

Auch bzgl. einer Aufnahme in den Autorenverteiler, Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an lindner@julis.de schicken.

